

KAB ARBEITER ZEITUNG

KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND

Nr. 4

DROHT EIN NEUES KPD - VERBOT ?

Der CDU-"Sicherheitsexperte" Benda, ehemaliger Bundes-Innenminister, klagte kürzlich gegenüber Springers WELT: "Wir beobachten mit Sorge, daß Extremisten, die nicht mehr auf dem Boden der demokratischen Grundordnung stehen, in die staatlichen Institutionen, in Justiz und Universitäten eindringen. Wir wollen jetzt klar wissen, ob die Einstellungsvoraussetzungen für Beamte noch gelten sollen. Wenn Extremisten erst einmal Zugang gefunden haben, sind sie nur noch schwer zu fassen."

Wenn meint Benda hier mit "Extremisten"? Die Nazi-Blutrichter, von denen es in der westdeutschen Justiz nur so wimmelt? Die 25% Bundeswehroffiziere, die nach Untersuchungen zur NPD und anderen rechtsradikalen Gruppen hinneigen? Die Beherrschung des "Verfassungsschutz" und der Polizei durch ehemalige SS-Offiziere, Gestapo-Leute und Massenmörder? In Nürnberg rechtskräftig verurteilte Kriegsverbrecher wie den Großkapitalisten Flick, der zu den mächtigsten Leuten in der Bundesrepublik gehört?

Natürlich meint Benda all das nicht! Benda bezeichnet als "Extremisten" gerade diejenigen, die die Vorherrschaft alter und neuer Nazis in Staat und Gesellschaft in Frage stellen.

Gegenwärtig ist es so, daß immer noch der sogenannte "Adenauer-Erlaß" Gültigkeit hat, der besagt, daß "Gegner der Demokratie" (d.h. Demokraten und Sozialisten!) nicht bei den Behörden u.ä. beschäftigt werden dürfen. Nach diesem Erlaß dürfte z.B. ein Kommunist nicht mal als Schaffner bei der Bundesbahn oder als Briefträger eingestellt werden. Bei der Einstellung muß eine entsprechende Erklärung unterzeichnet werden.

Der Adenauer-Erlaß hat sein Vorbild in den entsprechenden Gesetzen des Nazi-Staates. Das faschistische Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentum vom 7. April 1933 sah vor: §3. "Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen". §4. "Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden." Durchführungsvorordnung vom 11. April 33: "Ungeeignet sind alle Beamten, die der Kommunistischen Partei oder kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehören. Sie sind daher zu entlassen."

Man halte sich vor Augen, wen die Reaktionäre in letzter Zeit als "nicht auf dem Boden der demokratischen Grundordnung stehend" diffamiert haben - um die Tragweite von Bendas Vorstoß zu ermessen. Bendas Vorstoß ist nichts anderes als ein Aufruf zur umfassenden Hexenjagd auf alle Demokraten und Antifaschisten in den staatlichen und öffentlichen Institutionen.

Da erklärte z.B. Franz Josef Strauß am "politischen Aschermittwoch" der CSU in Vilshofen, die gesamte Presse und Rundfunk seien "rot unterwandert". Vor seinem CSU-Publikum scheute Strauß sich auch nicht, auf einen Ausdruck des "3. Reich" zurückzugreifen und von "volksfremden Publikationsorganen" zu sprechen. Das war zum Ende des "demokratischen" Karnevals die totale faschistische Demaskierung! Der Rundfunk hätte - so Strauß - einen "Linksdrall" und wäre "eingleisig". Die "rote Unterwanderung" im Rundfunk hätte ein solches Ausmaß angenommen, daß "ernste Gefahren für die Gesellschaftsordnung" bestünden.

"Was wir in den letzten Monaten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk erlebt haben, kann von der Öffentlichkeit nicht länger hingenommen werden", tobte Strauß.

Inhalt:

- 1 DROHT EIN NEUES KPD - VERBOT ?
- 5 ÜBERFALL AUF LAOS
- 8 "1. ZENTRALE ARBEITERKONFERENZ DER KPD/ML"

- 10 PORTUGAL UND SEINE KOLONIEN - DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS AUF DEM VORMARSCH (Teil 2)
- 14 100 JAHRE PARISER KOMMUNE
- 16 KOMMUNISTEN RUFEN ZUR AKTIONSEINHEIT

Auch die SPD wird - so Strauß - "systematisch kadermäßig unterwandert".

Wenn die Rechtsradikalen davon reden, "die rote Unterwanderung zu stoppen", dann ist das eine ernstzunehmende Drohung gegen alle Demokraten. Die Rechtsradikalen wollen eine umfassende "Säuberung des Staatsapparats" und "Maßnahmen zur Gewährleistung einer objektiven Berichterstattung", die weit über die Reihen der Kommunisten hinausreichen.

In diesem Sinn meint Springers WELT (25. Februar), zwar sei nicht die ganze SPD-Linke "kommunistisch verseucht", aber "die Übergänge sind schwer zu kontrollieren". Die "kommunistische Volksfrontverführung" reiche "bis in die SPD-Bundestagsfraktion hinein".

Der SPD-Landesvorstand Hamburg hat gegen fünf Jungsozialisten ein "Parteiordnungsverfahren" eingeleitet, das zum Ausschuß der fünf Jusos führen soll.

Die Jusos hatten sich Mitte Februar mit DKP-Mitgliedern in deren Büro in Hamburg-Hamm getroffen. Da half es den Jusos auch nicht, daß sie gar keine Aktions-einheit gewollt haben, sondern nur die DKP-Leute vom "demokratischen Sozialismus" überzeugen wollten.

In Düsseldorf sollen ebenfalls fünf Jusos ausgeschlossen werden, die mit der DKP ein gemeinsames Flugblatt gemacht hatten. Es handelt sich dabei um den gesamten Juso-Vorstand Düsseldorf-Stadt.

Im SPD-Unterbezirk Marburg-Land wurde der Juso-Vorsitzende ausgeschlossen, der zur Landtagswahl im November vorigen Jahres eine DKP-Kandidatenliste empfohlen hatte.

Ähnliche Verfahren laufen zur Zeit überall in der Bundesrepublik, u. a. gegen 10 SPD-Mitglieder in Hannover und gegen 21 Jusos in Westberlin.

Der ehemalige Juso-Führer und jetzt Bundestagsabgeordneter Cortier forderte in der bürgerlichen Presse den "Ausschuß aller, die die SPD umfunktionieren wollen".

Der Sozialdemokratische Hochschulbund, Studentenorganisation der SPD, erklärt dazu mit Recht: in der SPD ist ein Kesseltreiben gegen Jungsozialisten und andere fortschrittliche Kräfte im Gang, das mit der Hetzjagd gegen Kommunisten nach dem KPD-Verbot (1956) vergleichbar ist.

In einer Sitzung am 26. Februar beschlossen die Führungsgremien der SPD, die Jusos innerhalb der SPD noch mehr an die Kette zu legen. Die Jusos dürften in Zukunft nicht mehr mit Kongressen an die Öffentlichkeit treten und "Themen behandeln, die mit ihrem eigentlichen Auftrag nichts zu tun haben". Bundeskanzler Brandt liess es sich nicht nehmen, während der Sitzung zum kapitalistischen "Industrie- und Handelstag" zu eilen, um den anwesenden Kapitalisten seine Loyalität und "klare Abgrenzung gegenüber kommunistischen Bestrebungen und Versuchen der Unterwanderung" der SPD zu versichern. 200 Kapitalisten applaudierten dankbar.

Wo bleibt die „geistige Überlegenheit“ des Kapitalismus?

Im Godesberger Programm der SPD (1959) heißt es großtönend: "Die SPD ist die Partei der Freiheit des Geistes". - Ein seltsamer "Geist"! Eine seltsame "Freiheit"!

Die Kapitalisten reden viel von der angeblichen Überlegenheit des Ausbeuter-Systems und der "Überlebensfähigkeit" des Marxismus. Wenn dem so wäre, brauchte die SPD-Führung eine Auseinandersetzung mit Kommunisten und DKP-Mitgliedern nicht zu fürchten. Die SPD-Führung traut ganz offensichtlich ihren angeblich "überlegenen Argumenten" selbst nicht.

Die Kapitalisten reden von "Brüdern und Schwestern". Plakate mahnen, "die Verbindung nach drüben nicht abreißen zu lassen". Setzen sich aber in Hamburg oder Düsseldorf Sozialdemokraten und DKP-Mitglieder an einen Tisch, ist der Teufel los.

Faschistischer Terror nimmt zu

Mitte Februar wurde im Raum Bonn-Köln-Düsseldorf eine faschistische Terror-Bande aufgedeckt. Die Bande ist in NPD und "Aktion Widerstand" aktiv und gehört zu einer grösseren rechtsradikalen Geheim-Organisation "Deutsch-soziale Aktion". Bei Haussuchungen in insgesamt neun Wohnungen der Bande wurden 17 Gewehre und Karabiner, neun Pistolen, mehrere Bajonette und grössere Mengen Munition gefunden. Außerdem fanden sich Hakenkreuz-Fahnen, Nazi-Bücher und ein Bild von Bundeskanzler Brandt, auf das die Faschisten Schießübungen veranstaltet hatten.

Eine ähnliche Bande wurde schon im Mai vorigen Jahres in Nordrheinwestfalen aufgedeckt. Es handelte sich damals um eine sogenannte "Europäische Befreiungsfront". Die Bande plante die Ermordung von SPD-Politikern. Bei Haussuchungen wurden 15 Pistolen, eine Maschinenpistole, zwei Karabiner, ein Sturmgewehr und Munition gefunden.

In beiden Fällen befinden sich die Faschisten auf freiem Fuß.

Anfang Oktober vorigen Jahres wurde in München von ehemaligen SS-Führern und jetzigen NPD-Funktionären die "Aktion Widerstand" gegründet. Die "Aktion" wurde berüchtigt durch das Treffen am 31. Oktober in Würzburg, wo offen Morddrohungen wie "Brandt an die Wand!" und "Hängt die Verräter!" laut wurden.

Die Aufdeckung bewaffneter faschistischer Banden und Geheimorganisationen macht klar, daß die Morddrohungen einen sehr realen Hintergrund haben. Die Existenz dieser Banden widerlegt auch das sattsam bekannte Märchen von den "Einzeltätern".

1969 empörte sich noch die "liberale Öffentlichkeit" lauthals über das Verhalten der NPD-"Ordnertuppe" vorm Cantate-Saal in Frankfurt. Unter den wohlwollenden Blicken der Polizei hatten die NPD-Ordner eine kleine Gruppe von Gegendemonstranten blutig zusammengeschlagen. Im Januar 71 nun wurde das Verfahren gegen die NPD-Schläger in aller Stille eingestellt. Selbst der "UZ" (DKP) war dieser Skandal nur eine winzige Notiz von kaum zwanzig Worten wert.

In diesem Klima können die Faschisten völlig gefahrlos Angriffe auf die Arbeiter und ihre Organisationen führen.

8. November Überfall auf ein Jugendheim der "Falken" (SPD) in Düsseldorf.

13. November Überfall von Nazi-Schlägern auf Mitglieder der SDAJ in Düsseldorf.

16. November Zerstörungen am Büro der DKP-Bezirksleitung in Düsseldorf. Parolen und das W-Zeichen ("Aktion Widerstand") werden an die Wände geschmiert.

24. November Überfall auf ein DKP-Büro in Bremen. Die Fensterscheiben werden zerschlagen.

18. Dezember Überfall auf ein DKP-Büro in Oberhausen. Zwei DKP-Mitglieder werden verletzt.

20. Dezember Zerstörungen am Gewerkschaftshaus in Augsburg. Scheiben werden eingeworfen und faschistische Parolen an die Wände geschmiert.

30. Dezember Sprengstoffanschlag auf das Büro der UZ-Landesredaktion in Hamburg.

Ende Januar Schwere Brandstiftung im DKP-Büro Krefeld.

Fortsetzung S. 4

Verfassungsschutz ist verunsichert: Unterschätzt Bonn die rote Gefahr?

Köln, 6. Februar

Das Kölner „Bundesamt für Verfassungsschutz“ (BfV), zur Überwachung rechter und linker Extremisten angehalten und für die innere Sicherheit der Bundesrepublik verantwortlich, ist verunsichert. „Warnungen und Erfolgsmeldungen von uns scheint man in Bonn nicht mehr gern zu hören, weil sie nicht in das Bild der neuen Ostpolitik passen“, erklärte ein leitender BfV-Mann.

Der CDU-Sicherheitsexperte Ernst Benda, der als ehemaliger Innenminister und Dienstherr des Kölner Amtes über beste Verbindungen verfügt, beschrieb die Lage in einem Gespräch mit WELT am SONNTAG folgendermaßen: „Man tut in Bonn so, als ob nach Unterzeichnung der Verträge mit Moskau und Warschau alles in bester Ordnung sei. Das ist jedoch eine Fehleinschätzung.“

Benda: „Wir beobachten mit Sorge, daß Extremisten, die nicht mehr auf dem Boden der demokratischen Grundordnung stehen, in die staatlichen Institutionen, in Justiz — und Universitäten eindringen. Die Weimarer Republik ist nicht zuletzt deshalb gescheitert, weil in den staatlichen Stellen zuwenig Anhänger der Demokratie saßen. Wir wollen

jetzt klar wissen, ob die Einstellungsvoraussetzungen für Beamte noch gelten sollen. Wenn Extremisten erst einmal Zugang gefunden haben, sind sie nur noch schwer zu fassen.“

Benda, der auch Mitglied des parlamentarischen Vertrauensmännergremiums zur Kontrolle der Geheimdienste ist, stellte diese Woche vor dem Bundestag in Bonn die Frage, ob die Bundesregierung die Einschätzung der Lage auf dem Gebiet der inneren Sicherheit zurechtbiege, damit sie in das Konzept der Ostpolitik paßt. Gegenüber WELT am SONNTAG erläuterte Benda: „Die Ostverträge haben nicht dazu geführt, daß die östliche Spionage bei uns eingeschränkt worden ist. Im Zeichen der eingeleiteten Liberalisierung ist dieses Geschäft sogar leichter als früher zu betreiben.“ Benda schätzt die Lage ähnlich wie der niedersächsische Innenminister Lehnert (SPD) ein: Die andere Seite habe in letzter Zeit ihre Tätigkeit sogar aktiviert.

Im einzelnen haben folgende Vorgänge zur „Verunsicherung“ in Köln geführt:

● Die Broschüre „Tourist in Osteuropa“ mit Hinweisen auf die Fallen östlicher Agentenwerber

wurde aus dem Verkehr gezogen. Angeblich nach einer Demarche des Sowjetgesandten Bondarenko im Auswärtigen Amt. Dazu Innenminister Genscher zu WELT am SONNTAG: „Die Sowjetunion hat nicht interveniert. Ich würde mir eine solche Einmischung auch verbiten.“ Tatsache bleibt jedoch, daß die Broschüre nicht mehr verteilt wird.

● Erst nach einer Anfrage der Opposition gab die Bundesregierung zu, daß ein leitender Beamter der Sowjetbotschaft in einen Spionagefall verwickelt war und

Auf Seite 4: „Wie Kommunisten auf den Zeitungsmarkt drängen“

Bonn verlassen mußte: der erste Sekretär der politischen Abteilung der Botschaft und Offizier des sowjetischen Geheimdienstes Pjotr F. Borowski (46).

● Der Jahresbericht des Kölner Bundesamtes für 1969 ist immer noch nicht erschienen. Dazu Benda vor dem Bundestag: „Wird die Herausgabe verzögert, weil einige Feststellungen des Amtes nicht in die Ostpolitik hineinpassen?“ Dagegen Genscher zu WELT am SONNTAG: „Das ist

völlig frei erfunden. Der Bericht ist bisher wegen Arbeitsüberlastung nicht erschienen.“

Genscher will jetzt in der Sicherheitspolitik für klare Verhältnisse sorgen. Gegenüber WELT am SONNTAG stellte er klar: „Das Bundesamt in Köln soll nicht geschwächt werden. Denn die Spionageaktivitäten sind nicht weniger geworden. Der Kommunismus hat sich nicht geändert. Die innenpolitische Gegnerschaft bleibt. Außen- und Innenpolitik sind in diesem Zusammenhang nicht zu verwechseln. Wir befinden uns zurzeit in einer psychologischen Gefahr besonderer Art: daß nämlich Bundesbürger angesichts der Ostpolitik der Fehleinschätzung erliegen, die Grenzen müßten ohnehin bald fallen, und deshalb sei eine Tätigkeit für die andere Seite nicht mehr bedenklich.“

Wie das Kölner Bundesamt die gegenwärtige Lage einschätzt, wurde erst kürzlich beim Richtfest des 1200-Fenster-Neubaus des Amtes (Kosten: 18 Mill. DM) deutlich. Alle Bauarbeiter wurden eingehenden Sicherheitsprüfungen unterzogen, und jede Fehllage aus dem Betonmischer wurde nach Minispielen abgefragt. **Horst Zimmermann**

PRESSE

WELT am SONNTAG

Sonntag, 7. Februar 1971

Wie die Kommunisten auf den Zeitungsmarkt drängen

Wir brauchen wieder eine Arbeiterpresse“, verkündeten Ende Januar die Genossen des Hamburger „Sozialistischen Arbeiter- und Lehrzentrums“ (SALZ). Was sie darunter verstehen, erschien in der letzten Woche im Eigendruck: „Kommunistische Arbeiter Zeitung“, Auflage der Februar-Nummer: 10 000 Exemplare.

Kommunisten, Sozialisten, Marxisten, Maoisten bescheiden sich nicht mehr wie einst mit handabgezogenen Flugblättern aus dem KPD-Untergrund. Die neue Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und rote Splittergruppen wie das „SALZ“ spinnen ein immer dichteres Informations- und Propagandanez.

Zwei Jahre nach ihrer Gründung im Jahre 1968 steht heute der DKP (30 000 Mitglieder) ein stattlicher Parteiapparat zur Verfügung: 13 Landes- und Bezirksorganisationen, 220 Kreisorganisationen und über 1200 Grundeinheiten (Betriebs-, Hochschul- und Wohnbezugsgruppen).

Der Aufbau der Informationsmaschinerie: Der DKP-Bundesvorstand in Düsseldorf gibt das Zentralorgan „UZ — Unsere Zeit“ heraus. Landes- und Bezirks-

organisationen produzieren Informationsblätter für Parteifunktionäre und Presse. Kreisorganisationen und Grundeinheiten basteln die kleinen Zeitungen für Betriebe und Stadtteile.

Heute vertreibt die Kommunistische Partei in der Bundesrepublik 200 zum Teil dreifarbige Betriebszeitungen und 80 Stadtteilzeitungen. Die Auflage schwankt zwischen 500 und 8000.

„Die Pille“, so verspricht die Werbung, „erscheint regelmäßig und wirkt nachhaltig“. Diese Betriebszeitung verabreicht der Leverkusener Bayer-Belegschaft Propaganda-Medizin.

Die DKP-Betriebszeitung „Roter Stern“ im Stuttgarter Raum weist den Arbeitern und Angestellten von Mercedes (Werbeslogan: „Ihr guter Stern auf allen Straßen“) die rote Richtung.

Das Rezept der linken Zeitungs- und Meinungsmacher stammt vom DKP-Bundesvorstand. Durch Berichte über Mißstände und Neuigkeiten aus der Umgebung des Lesers sollen Unzufriedenheit und Klassenbewußtsein provoziert werden.

In vielen Fällen entsteht die Betriebszeitung in den Parteibüros; wo gleichzeitig auch gedruckt wird — wie im „Merkur-

Hof“, dem Sitz der Hamburger DKP-Leitung. Die Blätter werden nach der Schicht vor den Werk-toren verteilt. Preis: eine Solidaritätsspende oder gratis.

Mindestens viermal erschien 1970 „Der rote Kadett“ für die Bochumer Opel-Arbeiter. Im Januar 1971 sorgte er für Unruhe mit dem Knüller: „Kadett-Produktion soll nach Japan verlegt werden“. Opel dementierte.

Für die VW-Leute machten Funktionäre 1970 siebenmal die Zeitung „Der rote Käfer“. Verantwortlich zeichnete Kurt Fritsch, Vorsitzender der DKP-Bezirksorganisation.

In dem „Lederarbeiter“ (Pirmasens) versuchten die schreibenden Genossen mit Kalauern Proletarier-Bewußtsein zu wecken: „Wir machen am Tag bis zu 20 Paar Schuhe, doch auf großem Fuß leben wir nicht!“

Der rote Blätterwald gedeiht legal, weil bis jetzt niemand den Versuch unternommen hat, die Verfassungsfeindlichkeit der DKP und anderer Organisationen zu untersuchen. So geben die „Verurteilung der Verfolgten des Nazi-Regimes“ (VVN) die Wochenzeitung „Die Tat“ (Auflage 13 000) heraus, die „Deutsche Friedensunion“ (DFU) wöchentlich die

„Deutsche Volkszeitung“ (17 000), die „Sozialistische Einheitspartei West-Berlin“ (SEW) fünfmal in der Woche „Die Wahrheit“ (14 000), die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) die Monatszeitschrift „Elan — Magazin für junge Leute“ (20 500).

Für Verblüffung in der Druckerbranche sorgte jetzt das DKP-Zentralorgan „UZ“. Vom Frühjahr an wird es in der Heskadruckerei AG in Klein-Krotzenburg bei Hanau im Rollen-Offsetverfahren produziert — einem teuren Mehrfarben-Zeitungsdruck, den sich in Deutschland bisher nur sechs Unternehmen leisten.

Als Gründer der Aktiengesellschaft (Kapital: eine Million DM) trat nicht die DKP selbst auf, sondern laut Handelsregister HRS 564 vom 16. 2. 1970 die Fuldaer Verlagsanstalt („Fuldaer Volkszeitung“), die beiden Hamburger Aitkommunisten Karl Heinsohn und Herbert Stender, die einschlägig bekannte Druckerlei Plambeck aus Neumünster und Finanzkaufmann Constantin Assimakis aus Vevey (Schweiz).

Woher das Geld für das Millionenobjekt stammt, blieb ein sozialistisches Geheimnis. Denn Gewinn wirft die anzeigen-schwache „UZ“ nicht ab. Von den

70 000 Exemplaren je Woche werden zwei Drittel verschenkt. Als beste Anzeigenkunden unterstützen staatliche Handelsunternehmen des Ostblocks wie Co-opexim in Warschau das westdeutsche Genossenblatt. Die DKP über ihre Verlegerpläne: „Die UZ wird später Tageszeitung.“

Sein Redaktionsprogramm legte Chefredakteur Gerd Deumlich (41), bis zum Verbot KPD-Mitglied, jetzt in einem stattlichen bunten Probedruck „UZ-Extra“ aus der neuen Heskadruckerei vor: Kampf für „Ratifizierung und Durchführung der Verträge von Moskau und Warschau, Anerkennung der DDR, europäische Sicherheit“.

Stolz vermeldete „UZ-Extra“ auch: „Lenin sagte einmal, jede Köchin muß einen Staat leiten lernen. Sie haben sich eine eigene Presse geschaffen, die Arbeiter vor heute. Eine Presse... frei von jeder Abhängigkeit.“

In Wirklichkeit sind die Propagandaköche Funktionäre. Abhängig nicht nur von der DKP, sondern ideologisch und finanziell auch von der „DDR“. Sie haben rote Basen geschaffen, die auf ihre große Zeit noch hoffen: auf eine Wirtschaftskrise.

Konrad Jürgen

Springer — Presse bläst zur Hexenjagd

Verbotsdrohungen ernst nehmen!

Die "Aktion Widerstand" kann ihre "Tätigkeit" in voller Legalität entfalten, obwohl auf ihren Kundgebungen offen zu Mord und Terror aufgerufen wird. NPD-Schläger gehen straffrei aus.

Man erinnere sich: der gleiche Staat hat Frauen monatelang ins Gefängnis gesperrt, weil sie Ferienreisen für westdeutsche Arbeiterkinder in die DDR organisiert hatten. Der gleiche Staat hat Kommunisten zu langen Freiheitsstrafen verurteilen lassen, nur wegen ihrer Zugehörigkeit zur verbotenen KPD, oder auch nur dem Verdacht einer Zugehörigkeit. Das ist noch gar nicht so lange her, und soll nach dem Willen der Kapitalisten anscheinend recht bald wieder so werden.

Die terroristische Aktivität faschistischer Banden soll wieder als Vorwand für den Schlag gegen die Arbeiterbewegung herhalten. Genauso machten es die Kapitalisten vor 1933: von ihren faschistischen Stoßtrupps ließen sie Schlägereien anzetteln, um dann auf Wochen hinaus alle Arbeiterdemonstrationen verbieten, die Arbeiterpresse unterdrücken zu können.

Herbert Wehner äußerte kürzlich, es sei "an ein Verbot der Aktion Widerstand gedacht", aber dann mußten "gleichzeitig Maßnahmen gegen die Radikalen von links" ergriffen werden. Und dasselbe meint FDP-Innenminister Genscher, wenn er kürzlich äußerte, "den Radikalen von links und rechts mit Entschiedenheit entgegenzutreten" zu wollen.

Nun, erfahrungsgemäß wird es gar so "entschieden" nach rechts hin wohl nicht werden, während wir allerdings an der Entschlossenheit der Kapitalisten nicht zweifeln, gegen demokratische und sozialistische Organisationen vorzugehen. Schon wird der Vorwurf erhoben, die Regierung wäre "zu lasch" gegenüber demokratischen und sozialistischen Organisationen. (vgl. Artikel der WELT, vorige Seite)

Der Aufforderung der CDU/CSU zur Kommunistenjagd großen Stils antwortet die SPD-FDP-Regierung mit Verbotsdrohungen gegen Kommunisten ("Extremisten von links" und Diffamierung der Opposition innerhalb von SPD und FDP (Jusos, SHB, Jungdemokraten). Das macht klar, daß es sich nicht um einen isolierten Vorstoß der äußersten Rechten handelt, sondern um ernstzunehmende Pläne der Kapitalistenklasse, die demokratischen und sozialistischen Kräfte in der BRD zu zerschlagen.

Der Angriff auf die fortschrittlichsten Organisationen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums steht in Zusammenhang mit einer allgemeinen Offensive gegen die wirtschaftliche Lage und die politischen Rechte des werktätigen Volkes.

Bei munter steigenden Preisen sollen wir auf "Lohnleitlinien" festgelegt werden, die einem Lohnstop gleichkommen.

Die Kapitalisten wissen nach den Erfahrungen der Septemberstreiks und der Metall-Tarifrunde voriges Jahr, daß die Durchsetzung ihrer arbeiterfeindlichen Politik Kämpfe kosten wird.

Die Kapitalistenverbände üben sich bereits im Säbelraseln. Sie wollen "es auf Kämpfe ankommen lassen".

Die Entwürfe der Regierung und der Kapitalistenverbände zur Neufassung des BVG bringen nicht nur keine Verbesserungen - sie enthalten sogar Verschlechterungen des bisher geltenden Rechts.

Damit soll die Forderung der Arbeiter nach einem demokratischen Betriebsverfassungsgesetz erneut auf Jahre hin abgewürgt werden.

Angesichts wachsender innerer Widersprüche und sich verschärfender Klassenkämpfe wollen die Kapitalisten möglichst schnell Kommunisten und links-reformistische Kräfte ausschalten. Damit sollen gleichzeitig breiteste demokratische Kräfte innerhalb von Gewerkschaften und SPD eingeschüchtert werden.

Super-„Linke“ handeln verantwortungslos

Ausgerechnet die Super-"Linke", die sich selbst zur "Führung der Arbeiterklasse" ernannt haben, glänzen bei allen antifaschistischen Aktionen durch Abwesenheit. Sie wollen lieber die Führung im antifaschistischen Kampf der DKP überlassen!

In der Zeitung "Roter Morgen", die sich für ganz besonders "links" hält, wird doch tatsächlich erklärt: man darf keine antifaschistischen Aktionen machen, "weil sie die Faschisten unnötig aufwerten und ihnen unnötig Publizität verschaffen würden, und vor allem, weil sie unter den derzeitigen Voraussetzungen vom Hauptfeind ablenken würden." (RM, Februar 71, S. 7)

Haben wir das denn nicht schon mal gehört? Ja, ganz recht, nämlich von der SPD-Führung! Aber das ist ja nicht das erste mal in der Geschichte der Arbeiterbewegung, daß Super-"Linke" auf rechts-sozialdemokratischen Positionen landen.

Aus derselben Nummer des "Roten Morgen" erfahren wir auch, daß die sogenannte "KPD/ML" es "auf Grund eines Beschlusses prinzipiell ablehnt, Bündnisse mit Revisionisten" (DKP und Unterorganisationen) "auf organisatorischer Ebene abzuschließen!" (S. 6). Auch diesen Beschluß haben die Super-"Linke" bei der SPD-Führung abgeschrieben. Allerdings fehlt der SPD-Führung die feinsinnige Ironie, derartige Beschlüsse ausgerechnet als "marxistisch-leninistisch" zu bezeichnen!

Natürlich stiften die Revisionisten in der Frage des antifaschistischen Kampfes, der Verbindung von demokratischem und sozialistischem Kampf, Verwirrung. Sie reden von "alle demokratischen Kräfte" und berücksichtigen dabei nur unzureichend die führende Rolle der Arbeiterklasse und deren besondere Interessen und Forderungen im antifaschistischen Kampf.

Diese Politik der DKP-Führung ist objektiv sektiererisch, weil sie die werktätigen Massen vom antifaschistischen Kampf fernhält. Die DKP-Führung will die Arbeiter als "Bürger" ansprechen (Bildung sogenannter "Bürger-Komitees" o.ä., weitgehende Beschränkung auf bürgerlich-demokratische Forderungen) statt an die spezielle Klassenlage der Arbeiter anzuknüpfen. Auf diese Weise "mobilisiert" die DKP ein paar Pfarrer und Lehrer, aber keine Arbeiter!

Daß die DKP-Führung mit dieser Politik weitgehend den antifaschistischen Kampf irre"führen" kann, erklärt sich aus der Schwäche der sich eben erst entwickelnden kommunistischen Kräfte in der BRD. Es liegt aber auch an der Unterschätzung des antifaschistischen Kampfes durch manche Gruppen und Organisationen. Es ist notwendig, daß sich die westdeutschen Kommunisten weit mehr als bisher in den antifaschistischen Kampf einschalten, in eine sich entwickelnde breite Aktionseinheit ihren marxistisch-leninistischen Standpunkt einbringen.

Überfall auf Laos

Am 8. Februar überschritten Truppen des südvietnamesischen Militär-Regime in Stärke von mehr als 30 000 Mann die Grenze nach Laos in der Umgebung von Khe Sanh. Die US-Luftwaffe unterstützte den Überfall durch täglich mehr als 400 Bombenflüge gegen laotisches Gebiet.

Da die Armee des südvietnamesischen Militär-Regime buchstäblich bis zum letzten Schnürsenkel von den USA ausgerüstet ist und das Militär-Regime wirtschaftlich und politisch völlig von den USA abhängig ist, wird hinter dem Überfall auf Laos erneut die Hand des US-Imperialismus sichtbar.

Der Überfall war seit längerem vorbereitet worden. Zunächst durch die Verlegung von US- und südvietnamesischen Truppen in den Norden von Südvietnam an die laotische Grenze. Dann durch Überfälle südvietnamesischer Einheiten auf laotisches Gebiet. Der vor Monaten von den US-Truppen geräumte Stützpunkt Khe Sanh an der Grenze nach Laos wurde wieder bezogen.

Während die US-Imperialisten von "Frieden" und "Truppenabzug" schwätzten, haben sie innerhalb weniger Monate den Krieg auch auf Laos und Kambodscha ausgedehnt. Aber die Entwicklung verläuft entgegen den Wünschen der Imperialisten. Kambodscha befindet sich zum größten Teil in der Hand des Volkes. In Laos ist der Überfall von den bewaffneten Kräften des Volkes zum Stehen gebracht worden; teilweise konnten die Aggressoren bereits zum Rückzug gezwungen werden. Im Abwehrfeuer der Volksstreitkräfte sind die Verluste der US-Luftwaffe über Laos außergewöhnlich hoch.

Halbkolonie der USA

Laos ist eines der ärmsten Länder der Welt. Etwa so groß wie die Bundesrepublik, hat es doch nur 2,5 Mio. Einwohner. Das benachbarte Vietnam ist fast zehnmal so dicht besiedelt wie Laos.

Mehr als 80% der laotischen Bevölkerung sind Reisbauern. Laos hat keine Industrie und nur wenige Straßen, die überdies fast ausschließlich militärischen Zwecken dienen.

Wichtige Bodenschätze (Eisen, Kupfer, Magnesium, Kohle, Erdöl) liegen in den Befreiten Gebieten, wo sie unter dem ständigen Bombardement der US-Luftwaffe zur Zeit noch nicht abgebaut werden können.

In dem von den US-Imperialisten kontrollierten Teil des Landes (dem Mekong-Tal) gibt es eine Zinnmine, c.a. 50 Sägewerke, einen Flaschenabfüllbetrieb (Coca Cola) und ein paar Reparaturwerkstätten.

Der Export besteht aus Holz, grünem Kaffee, geringen Mengen Zinn, Häuten und Fellen. 1965 betrug der Wert des laotischen Exports nur eine Mio. Dollar, während gleichzeitig für 33 Mio. Dollar importiert wurde.

Der Krieg der US-Imperialisten gegen das Volk von Laos und die Zwangsrekrutierung von Bauern zur reaktionären Armee haben dazu geführt, daß Laos heute sogar Reis in großen Mengen einführen muß.

Die Einnahmen der reaktionären Regierung betrugen 1967 ganze 26 Mio. Dollar. Allein die bloße Unterhaltung des riesigen Militär- und Polizei-Apparats kostete im gleichen Zeitraum 40 Mio. Dollar. Gemessen an der Einwohnerzahl ist die reaktionäre laotische Armee die größte der Welt.

Das reaktionäre Regime in Vientiane wird völlig vom US-Imperialismus ausgehalten. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet erhält Laos die höchste "Entwicklungshilfe", die vom US-Imperialismus an irgendein Land der Welt vergeben wird.

Größten Teils handelt es sich um Waffen und anderes Kriegsmaterial. Und selbst Gelder aus dem sogenannten "Flüchtlingsprogramm" u.ä. fließen durch dunkle Kanäle in den Militär- und Polizeiapparat.

Auch westdeutsches Kapital ist in Laos engagiert. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt/M. gewährt Laos einen Millionen-Kredit für den Ausbau des Stromnetzes, Bau von elektrischen Anlagen und Fernsprecheinrichtungen. Einzige Bedingung: der Auftrag mußte an eine westdeutsche Firma vergeben werden. So baut jetzt Siemens in Laos an Transformatoren, elektrischen Leitungen usw. mit fast ausschließlich militärischer Bedeutung. Siemens verfügt über einige Erfahrung beim Ausbau eines militärisch wichtigen Kommunikationsnetzes, denn sie liefert z.B. in Südkorea 70% der Fernsprecheinrichtungen.

DER BEFREIUNGS-KAMPF IN LAOS

Von 1883 bis 1954 war Laos Teil der französischen Kolonie Indochina, die außerdem noch das gesamte Vietnam und das Königreich Kambodscha umfaßte.

Der wachsende Widerstand der Völker Indochinas zwang die französische Kolonialmacht zum Rückzug aus Indochina. Auf der Genfer Indochina-Konferenz von 1954 wurde auch Laos für "unabhängig" erklärt. Es erhielt eine pro-westliche Regierung unter Katay, der sich als Kollaborateur der Franzosen betätigt hatte. Die PATHET LAO, Befreiungsorganisation des laotischen Volkes, zog sich den Vereinbarungen entsprechend auf die beiden nordwestlichen Provinzen Sam Neua und

Phong Saly zurück; bis dahin hatten die festesten Stützpunkte der PATHET LAO im Gebirgsland von Südlao gelegen.

Obwohl Laos nach dem Genfer Abkommen neutral bleiben sollte, nisteten sich nach dem Abzug der Franzosen die US-Imperialisten in Laos ein. Mit Hilfe amerikanischer Waffen und US-Berater begann die reaktionäre laotische Regierung (Sitz in Vientiane) den Angriff auf die Befreiten Gebiete in Nordlao. Unter Führung ihrer PATHET LAO brachte die Bevölkerung der Befreiten Gebiete den reaktionären Truppen eine Niederlage nach der anderen bei. 1956 wurde als fortschrittliche Massenorganisation des laotischen Volkes die NEO LAO HAKSAT gegründet.

Ein Jahr später, 1957, zwang der Druck des Volkes die Regierung in Vientiane zum scheinbaren Einlenken: zwei Vertreter der NEO LAO HAKSAT wurden in die Regierung aufgenommen und für 1958 freie Wahlen angesetzt. In diesen Wahlen errang die NEO LAO HAKSAT einen großen Sieg. Nun schaltete sich der US-Geheimdienst CIA ein, ein Putsch reaktionärer Offiziere stürzte die Regierung.

Während in Vientiane putschende Militärklüngel einander ablösten, erkämpfte die NEO LAO HAKSAT in den Jahren 1960-62 so große Erfolge, daß die damalige US-Regierung (Kennedy) einen Überfall auf Laos vorbereitete. Die NEO LAO HAKSAT ging unter diesen Bedingungen auf Verhandlungen ein, die im Juni/Juli 62 in Genf stattfanden. Laos wurde in drei Zonen geteilt: NEO LAO HAKSAT in Nordlao, "Neutralisten" in Zentral-Lao (die strategisch wichtige "Ebene der Tonkrüge") und die Reaktionen im Mekong-Tal. Es wurde eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der NEO LAO HAKSAT gebildet; diese brach aber nach einem knappen Jahr wieder auseinander, als Außenminister Pholsena (NEO LAO HAKSAT) von den Reaktionen ermordet wurde. Auch hinter diesem Mord stand der CIA.

Die US-Imperialisten verstärkten ihre Militärhilfe für die Reaktionen, ließen Flugplätze und US-Stützpunkte in Laos anlegen. Seit 1964 werden Befreite Gebiete in Laos regelmäßig von der US-Luftwaffe angegriffen. Heute werden täglich riesige Mengen von Napalm-, Phosphor- und Splitterbomben über Laos abgeworfen. Mit chemischen Mitteln wird die Ernte systematisch vernichtet. 600 000 Menschen wurden in Laos zu "Flüchtlingen", nachdem ihre Heimatgebiete dem Erdboden gleichgemacht worden waren.

Dennoch konnte die NEO LAO HAKSAT schon 1965 in elf der sechzehn Provinzen von LAOS eine revolutionäre Verwaltung einrichten. In den Befreiten Gebieten wurde eine Bodenreform durchgeführt, die erpresserischen "Steuern" und Wucherpachten abgeschafft und erste landwirtschaftliche Kooperativen zur gegenseitigen Hilfe geschaffen. Die Bauern in den Befreiten Gebieten haben es gelernt, zwei Reisernten im Jahr einzubringen.

Schulen und Krankenhäuser in den Befreiten Gebieten - bevorzugtes Ziel der US-Luftwaffe - mußten in unterirdische Bunkersysteme oder Felshöhlen verlegt werden. Trotzdem konnte die Zahl der Schulen und der erteilten Unterrichtsstunden stetig erhöht werden.



Auch militärisch erkämpft das laotische Volk große Erfolge. Die im Herbst 1969 von den Befreiungstreitkräften geräumte "Ebene der Tonkrüge" wurde im Frühjahr 1970 erneut besetzt und befindet sich seither fest in der Hand des Volkes. Die strategische Straße Nr. 13, die von Nordlao nach Süden durch das Mekong-Tal führt, wird von den Befreiungstreitkräften gesperrt gehalten. Flugzeuge und Hubschrauber der US-Luftwaffe werden in wachsender Zahl vernichtet - schon 1969 wurde der 1000. Abschuss über Laos gemeldet.

Die nach Laos eingedrungene 39. "Elite-Einheit" der reaktionären südvietnamesischen Armee wurde nach dem Überfall auf Laos innerhalb weniger Tage fast völlig vernichtet. Zwei Wochen nach dem Überfall waren südvietnamesische Truppen gerade 20-30km auf laotisches Gebiet vorgerückt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 4000 Aggressoren getötet, verwundet oder gefangen genommen worden.

Die US-Regierung erklärte dazu zynisch, der Überfall verlief "ganz nach Plan und völlig zufriedenstellend". Gleichzeitig sind die Befreiungstreitkräfte auch auf der Ebene der Tonkrüge wieder zur Offensive übergegangen. Tausende Soldaten der reaktionären laotischen Armee mußten mit US-Hubschraubern aus ihren von den Befreiungstreitkräften eingeschlossenen Stellungen ausgeflogen werden. Es wird immer klarer, daß der US-Imperialismus mit jeder Ausweitung des Krieges nur seine Schwierigkeiten vergrößert. Damit wächst aber auch die Gefahr abenteuerlicher "Kurzschlußhandlungen" der Imperialisten. Die Wiederaufnahme der Bombenangriffe gegen Nordvietnam ist ein ernstes Signal.

DEMONSTRATION

GEGEN US—und BRD—IMPERIALISMUS IN HAMBURG

Das Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ), das Bergedorfer Arbeiter- und Lehrlingszentrum (BALZ), der Kommunistische Arbeiterbund (KAB) und der Kommunistische Hochschulbund (KHB/ML) führten am 13. Februar eine Demonstration gegen den Überfall auf Laos durch.

Der besonders enge Charakter dieses anti-imperialistischen Aktionsbündnisses kommt darin zum Ausdruck, daß nicht nur ein gemeinsames Flugblatt herausgegeben wurde, sondern auch die beiden vor und nach der Demonstration gehaltenen Reden gemeinsam festgelegt wurden.

Im Gegensatz zum Verhalten der revisionistischen DKP bei ähnlichen Anlässen, hielten es die Veranstalter dieser Demonstration für unbedingt notwendig, den west-deutschen Imperialismus als engsten Verbündeten des US-Imperialismus zu benennen, den engen Zusammenhang zwischen dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker und dem Klassenkampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern aufzuzeigen. Daher wurden folgende Parolen für die Demonstration festgelegt: "US-Imperialismus raus aus Indochina!", "US-Imperialismus und BRD-Imperialismus-Feinde der Völker", "Vereinigte Arbeiterklasse, Vereinigte Völker - gemeinsamer Feind, gemeinsamer Kampf!" und "Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!"

Mehr als 2000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration. Im Zug wurden massenhaft rote Fahnen und Spruchbänder mit den festgelegten Parolen mitgeführt. In der Eröffnungsrede auf dem Legien-Platz vorm Gewerkschaftshaus wurde zunächst ein Abriss des Indochinakrieges der USA gegeben. Danach wurde auf die sich verschärfende Krise in den USA selbst eingegangen.

Der letzte Teil der Rede befaßte sich mit dem west-deutschen Imperialismus. Diese Rede schloß: "Der Angriff der Kapitalistenklasse auf die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiterklasse kann zurückgeschlagen werden. Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse unbedingt erforderlich! Schon jetzt verschärft sich der Klassenkampf in Westdeutschland. Die Arbeiter haben mit den Septemberstreiks 1969 und in den Tarifverhandlungen 1970 wachsendes Vertrauen in ihre eigene Stärke gewonnen... Nur auf diesem Weg kann die Kapitalistenklasse zum Zurückweichen gezwungen werden. Gleichzeitig verbessern sich damit die Ausgangsbedingungen der Arbeiterklasse im Kampf um den Sturz der Kapitalistenklasse und im Kampf um die Macht im Staat. Der Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und der Kampf der unterdrückten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unterstützen einander. Deshalb ist unsere Demonstration heute mehr als ein bloßer moralischer Protest. Sie ist Teil des weltweiten Klassenkampfes gegen den Imperialismus".

In der Abschlusssrede wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse den umfassenden Kampf zum Sturz der Kapitalistenherrschaft nur durch ihre Kommunistische Partei einheitlich und organisiert durchführen kann. Da es heute eine Kommunistische Partei der Arbeiterklasse noch nicht wieder gibt, ist ihre Schaffung eine wichtige Aufgabe.

Der Redner kritisierte super-"linke" Gruppen, die sich der mühsamen und langwierigen Aufgabe des Aufbaus der Kommunistischen Partei dadurch entziehen, daß sie sich großmäulig zur "Avantgarde der Arbeiterklasse" erklären. Diese Gruppen stiften mit ihren törichten Flugblättern vor den Betrieben Verwirrung und schaden der jungen kommunistischen Bewegung in unserem Land.

Abschließend verurteilte der Redner das Verhalten der Hamburger DGB-Führung, die am 1. Mai nur eine "Dichterlesung" für Funktionäre mit Eintrittskarten durchführen will und die Arbeiter zur Fahrt ins Grüne schicken will. Die Hamburger Kommunisten werden auf jeden Fall alles dafür tun - so schloß der Redner - diesen 1. Mai wieder zum Kampftag der Arbeiterklasse zu machen.

SPALTER

Die AMS/Spartakus, Studentenorganisation der DKP, verteilte während der Demonstration ein Flugblatt, in dem inhaltlich zum Überfall auf Laos nichts gesagt wurde, und dafür umso eifriger die Organisatoren der Demonstration beschimpft wurden.

Woher die DKP-Studenten bei solchen Methoden noch den traurigen Mut nahmen, in ihrem Flugblatt von "Vereinigung aller Friedenskräfte zu reden, ist schleierhaft. Haltlose Beschimpfungen dienen nicht der Aktionseinheit, die von den Hamburger Kommunisten auch gegenüber AMS/Spartakus angestrebt wird.

"1. Zentrale Arbeiterkonferenz der KPD/ML"

Zunächst für September angekündigt, hat die "KPD/ML" (ROTER MORGEN) im November vergangenen Jahres ihre "1. Zentrale Arbeiterkonferenz" durchgeführt. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse haben sich die Leute vom "Roten Morgen" reichlich Zeit gelassen. Wahrscheinlich wird einiges davon in der März-Nummer des RM erscheinen.

Inzwischen liegen einige Ergebnisse in der Januar-Nummer der intern vertriebenen Zeitschrift "Betrieb und Gewerkschaft, Organ des Zentralen Betriebs- und Gewerkschaftskomitees der KPD/ML" vor.

Es ist zu begrüßen, daß die "KPD/ML" fast zwei Jahre nach ihrer Gründung überhaupt den Versuch unternommen hat, so etwas wie eine "politische Linie" für ihre Betriebs- und Gewerkschaftspolitik festzulegen. Damit wird eine Diskussion dieser Vorstellungen und eine klarere Abgrenzung der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland von der "KPD/ML" möglich. Falls überdies die Zeitschrift "Betrieb und Gewerkschaft" ihre Ankündigung wahr macht, für Diskussion und Erfahrungsaustausch offen zu stehen, kann sie zu einem wichtigen Instrument kommunistischer Kräfte innerhalb der "KPD/ML" werden. Auch das wäre selbstverständlich zu begrüßen!

Zu den Ergebnissen der "KPD/ML"-Arbeiterkonferenz im Einzelnen.

Es wurde erklärt, "daß die DGB-Gewerkschaften ein fester Bestandteil des imperialistischen Systems in Westdeutschland sind, daß sie bis in den letzten Winkel ihres organisatorischen Gefüges eine Organisation zur Durchsetzung der Interessen der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse sind." "Die DGB-Gewerkschaften sind zu einem wichtigen Bestandteil des imperialistischen Systems in Westdeutschland geworden."

Daraus wurde die Schlußfolgerung gezogen, man könne die bestehenden Gewerkschaften nicht mehr zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse machen. Weiter hieß es: "Wenn man aber die reaktionären Gewerkschaften nicht in Klassenkampforganisationen umwandeln kann, dann gibt es eben nur eine Alternative: den Aufbau revolutionärer Gewerkschaften." Damit soll an die Tradition der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) der KPD Ende der 20er Jahre angeknüpft werden. Obwohl die RGO angesichts der Sabotage der Gewerkschaftsführung in vielen Kämpfen die Führung übernahm, gelang es ihr nicht, zu einer gewerkschaftlichen Massenorganisation der Arbeiterklasse zu werden. Von der DDR-Geschichtsschreibung wird die damalige RGO-Politik in Bausch und Bogen als "sektiererisch" abgetan. Allerdings gibt es bis heute keine wissenschaftliche Analyse der konkreten Erfahrungen der RGO-Politik.

Als "Keimform der revolutionären Gewerkschaften" sollen sogenannte "Rote Betriebsgruppen der KPD/ML" aufgebaut werden. "Es wurde festgestellt, daß die Roten Betriebsgruppen Massenorganisationscharakter haben... Die Aufgaben der Roten Betriebsgruppen, so wurde festgestellt, sind der Kampf gegen den Dreibund: 1. Die Kapitalisten 2. den kapitalistischen Staat und 3. gegen die reaktionären, "sozial"faschistischen und reformistischen Gewerkschaften. Das sind klare Aufgaben. Das bedeutet aber auch, daß Rote Betriebsgruppen schon eine Keimform einer zukünftigen RGO sein sollen."

Wer kann Mitglied einer "Roten Betriebsgruppe der KPD/ML" werden? "Jeder Arbeiter, der den Kampf gegen den Dreibund akzeptiert" (Kapital-Staat-Gewerkschaft)

In den Roten Betriebsgruppen will die "KPD/ML" Arbeiter "zu Kadern erziehen". Die Mitglieder der Roten Betriebsgruppen sollen eine "Schulung des Marxismus-Leninismus und der Mao-Tsetung-Ideen" erhalten. Außerdem eine "Schulung betrieblicher und gewerkschaftlicher Probleme". Dazu kommen schließlich die "Klassenkampfverfahren", die die in den Roten Betriebsgruppen organisierten Kollegen in der praktischen Betriebsarbeit sammeln."

Die Roten Betriebsgruppen sind eine Unterorganisation der "KPD/ML". "Für sie gilt das gleiche wie für Rote Garde und KSB/ML". Sie sollen "unter Anleitung der entsprechenden Grundorganisation der Partei" stehen. Das soll nach Möglichkeit eine Betriebsparteilzelle sein. Die Konferenz stellte allerdings dazu fest, es sei "die Regel so, daß zuerst Rote Betriebsgruppen entstehen", also bevor es eine "Parteilzelle" im Betrieb gibt. Dann hätten die "Roten Betriebsgruppen hauptsächlich die Aufgabe, Betriebsparteilzellen zu schaffen". Ein Arbeiter ist "reif" für die "Betriebsparteilzelle", wenn er "Klassenbewußtsein hat, d.h. bereit ist, gegen den Imperialismus und den Revisionismus zu kämpfen und die Diktatur des Proletariats auf revolutionärem Wege erkämpfen will".

Die Konferenz sah eine "örtliche oder gar überregionale Zusammenfassung" der "Roten Betriebsgruppen" zu dem Zeitpunkt vor, "wo wir durch eine gewisse Stärke dazu in der Lage sind". Es sollen bei Grundeinheiten, Ortsorganisationen und Landesverbänden der "KPD/ML" Beauftragte für "Aufbau und Betreuung von Roten Betriebsgruppen" ernannt werden.

Zur Arbeit im DGB wurde festgestellt: "Natürlich müssen wir in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten, wir müssen als Kommunisten in ihnen Fraktionsarbeit leisten, vor denen in ihnen organisierten Kollegen den Dreibund entlarven mit dem Ziel, die in den DGB-Gewerkschaften organisierten Arbeiter für die Roten Betriebsgruppen zu gewinnen. Die Fraktionsarbeit in den DGB-Gewerkschaften ist also dem Aufbau der Roten Betriebsgruppen untergeordnet".

Zur Arbeit in den Betriebsräten wurde festgestellt: "Wir sind noch zu schwach, und außerdem ist es nicht möglich, denn Revisionisten und Sozialdemokraten, d.h. die Gewerkschaftsbürokratie, sind immer gegen uns, und die haben mehr Geld". Das ist eine wirklich schöne "Begründung"! Weiter hieß es: "Einzelne Genossen in den Betriebsrat zu schicken, mag zwar im Einzelfall schon jetzt sinnvoll sein, jedoch sollte in diesem Betrieb eine Rote Betriebsgruppe existieren. Die einzige, zum gegenwärtigen Zeitpunkt richtige Lösung ist, durch Agitation und Propaganda das System der Betriebsräte und einzelne korrupte Betriebsräte zu entlarven und Rote Betriebsgruppen und Betriebsparteilzellen aufzubauen".

ZUR KRITIK

Lenin hat sich in "Der linke Radikalismus - die Kinderkrankheit im Kommunismus" (Frühjahr 1920) ausführlich mit der Arbeit der Revolutionäre in den bestehenden reaktionären Gewerkschaften befaßt (Kap. VI.)

Lenin war grundsätzlich gegen die Vorstellung, "daß man aus den Gewerkschaften austreten und unbedingt eine nagelneue, blitzsaubere, von sehr netten (und meistens wohl sehr jungen) Kommunisten ausgeheckte "Arbeiterunion" schaffen müsse". Zweifellos hätten die bestehenden Gewerkschaften "gewisse reaktionäre Züge", aber "anders als vermittels der Gewerkschaften, anders als durch ihr Zusammenwirken mit der Partei der Arbeiterklasse ging die Entwicklung des Proletariats nirgendwo in der Welt vor sich und konnte auch nicht vor sich gehen". "... die ganze Aufgabe der Kommunisten besteht darin, daß sie es verstehen, die Rückständigen zu überzeugen, unter ihnen zu arbeiten, und sich nicht durch ausgeklügelte, kindische "linke" Losungen von ihnen abzusondern."

Lenin eignet sich allerdings wenig als Kronzeuge für die opportunistische Politik der DKP-Führung, auch den miesesten DGB-Beschluß noch als "gute Grundlage" für ihre eigene Politik zu "interpretieren" und sich mit ihren Forderungen an die Rocksöhne der DGB-Führung anzuhängen. Lenin forderte gerade den Kampf gegen die vom Imperialismus gekauften Gewerkschaftsführer und stellte fest: "Dieser Kampf muß rücksichtslos, und, so wie wir es getan haben, unbedingt bis zu Ende geführt werden, bis zur völligen Diskreditierung aller unverbesserlichen Führer des Opportunismus und Sozialchauvinismus und ihrer Vertreibung aus den Gewerkschaften."

Stalin stellte fest: "Der erste, der wichtigste Transmissionsriemen, der erste, wichtigste Übertragungsapparat, mit dessen Hilfe sich die Partei mit der Arbeiterklasse verbindet sind die Gewerkschaften." Stalin kam allerdings zu folgender Schlussfolgerung: "Man könnte sich... durchaus eine Situation vorstellen, die es erforderlich macht, entgegen dem Willen der Gewerkschaftsbonzen, die sich den Kapitalisten verkauft haben, parallele Massenvereinigungen der Arbeiterklasse zu schaffen." (Über die rechte Gefahr in der Deutschen Kommunistischen Partei, 19. Dez. 28, Werke Bd. 11)

Natürlich können die Kommunisten der langwierigen und mühsamen Gewinnung der Werktätigen Massen nicht dadurch entgehen, daß sie "einfach eigene Gewerkschaften gründen". In diesem Sinn erklärte bereits der 2. Parteitag der KPD (Oktober 1919): "Die Tatsache, daß die Gewerkschaften heute zu einem Werkzeug der Bourgeoisie und der Gegenrevolution geworden sind, ist keine Organisationsfrage. Sie ist lediglich aus dem Widerspiel der Tatsache entstanden, daß das Proletariat in seinen weiten Schichten sich über seine Klassenlage und über die Mittel zu deren Änderung, kurzum, über Wesen und Ziel der Revolution, noch nicht im Klaren ist. Diese Änderung der geistigen Konstitution des Proletariats würde auch nicht dadurch herbeigeführt werden, wenn man die Proletarier aus der einen Organisation hinausnimmt und sie einer anderen zuführt."

So stellt sich die "KPD/ML" revolutionäre Gewerkschaftspolitik vor!

Nebenstehende Beispiele stammen aus der Februar-Nummer der "Zündkerze", Zeitung der "KPD/ML" bei Opel Bochum

Dennoch hat Stalin recht, wenn er davon spricht, man könnte sich eine Situation vorstellen, wo die Gründung und langfristige Existenz paralleler, revolutionärer Gewerkschaften unvermeidlich wird. Das kann z. B. bei Massenausschlüssen oder Spaltungen durch die reaktionäre Gewerkschafts-Bürokratie der Fall sein, wie die Existenz selbstständiger kommunistischer Gewerkschaften in Frankreich und Italien beweist. Auf keinen Fall kann aber Bildung "eigener" revolutionärer Gewerkschaften "um jeden Preis" zur verbindlichen Strategie erhoben werden. Daher heißt es auch in den Thesen des 10. Plenum des Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (1928): "... die Kommunisten können nicht prinzipiell gegen die Spaltung der Gewerkschaften sein... Aber die Kommunisten müssen begreifen, daß die Spaltung der Gewerkschaften nicht eine Frage der mechanischen Bildung neuer Gewerkschaften ist. Es muß entschieden gekämpft werden gegen die Einstellung auf die Spaltung der Gewerkschaften um jeden Preis." Und Ernst Thälmann erklärte in seinem Schlußwort auf dem 10. Plenum des EKKI: "In Deutschland steht in der heutigen Situation die Gründung neuer Gewerkschaften nicht auf der Tagesordnung... Wir dürfen bei einer solchen ernstesten Frage in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit keine Etappe überspringen. Wir müssen besonders in der Anwendung unserer revolutionären Taktik in der Gewerkschaftsbewegung eine solche Manövrierfähigkeit, revolutionäre Klugheit und Elastizität entwickeln, daß das Proletariat versteht, daß wir für die revolutionäre Einheit der Gewerkschaftsbewegung kämpfen überall dort, wo der revolutionäre Klassenkampf sich Geltung verschaffen kann."

Revolutionäre Gewerkschaftspolitik erfordert vor allem einmal, unter den werktätigen Massen die Notwendigkeit einer kampfstarken gewerkschaftlichen Klassenorganisation zu propagieren.

Ob die "KPD/ML" endlich dazu übergehen will, für die Schaffung revolutionärer Gewerkschaften einzutreten, wird sich daran zeigen müssen, ob sie die Notwendigkeit kampfstarker Gewerkschaften in ihrem "Roten Morgen", in ihren Betriebszeitungen, in ihren Flugblättern propagieren wird. Die bisherige "Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" der "KPD/ML" gibt nicht sehr viel Hoffnung!

Der Betriebsrat –
Der Wachtmeister
des Kapitals

Der Kampf der
GEWERKSCHAFT –
um ihren PROFIT

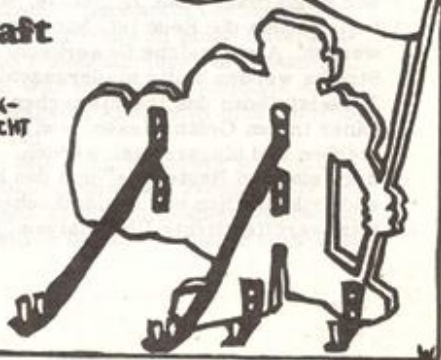
Was ist der Unterschied zwischen einem Gewerkschaftsführer und einem Zuhälter? Keiner. Beide schicken andere ansprechen und kassieren selbst die Beiträge.



Die
Gewerkschaft

VORDER-
ANSICHT

RÜCK-
ANSICHT



Portugal und seine Kolonien – DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS AUF DEM VORMARSCH

2. Teil

Die portugiesischen Kapitalisten können ihre Kolonialherrschaft nur aufrecht erhalten, wenn sie ausländisches Kapital an der Ausplünderung der unterdrückten Völker beteiligen. Dabei können sie bei den westdeutschen Kapitalisten zunächst noch sicher sein, ihre Vorherrschaft nicht zu verlieren.

Wie stark die westdeutschen Kapitalisten nach Beendigung der Wiederaufbauphase bereits ausländische Märkte erobert haben, kann man am Beispiel von Siemens ablesen. Dieser Konzern macht 40% seines Umsatzes im Ausland, davon 18% in Übersee. 28% der Inlandsproduktion werden exportiert. Die gesamten Investitionen von Siemens im Ausland betragen mehr als 1 Mrd. DM. In Portugal, Südafrika und beim Cabora Bassa Projekt ist Siemens führend vertreten.

SÜDAFRIKA

„Weisser Block gegen den Kommunismus“

"Europa und Afrika sind aufeinander angewiesen, deken sich strategisch ab und können einander viel geben" sagte Franz Josef Strauß, als er Rhodesien und Südafrika besuchte. Daß in und um Südafrika besonders viel zu holen ist, haben die westdeutschen Kapitalisten längst begriffen. Die Liste der Firmen, die in Südafrika Zweigfirmen, Produktionsstätten, Konzessionen und Kapitalbeteiligungen besitzen, ist lang und man findet all jene Namen, deren Klang die Völker der Welt zu fürchten gelernt haben; Krupp, Rheinstahl, Krauss-Maffei, Demag, KHD, MAN, AEG, Henschel, Hoechst, Dailier-Benz, Bayer, Siemens, VW usw. usw. Südafrika hat ihnen viel zu bieten. Die Ausbeutung der schwarzen Arbeiter durch das faschistische System bewirkt niedrige Rohstoffpreise und Löhne und damit eine der höchsten Mehrwertraten der Welt. Die Gewinne betragen rund 20% jährlich.

Zur Erhaltung des Systems und zum Ausbau seiner Macht über die angrenzenden Gebiete ist das südafrikanische Kapital auf ausländische Investitionen angewiesen. In einem Werbeprospekt der südafrikanischen Regierung "Südafrika - das Land zum Investieren" heißt es u. a. : "Ausländischen Investoren bietet Südafrika: Eine hochentwickelte industrielle Wirtschaft basierend auf den Prinzipien des freien Unternehmertums, geringe Besteuerung, eine stabile Regierung und Arbeitsfrieden in der Industrie, großzügige Unterstützung von Seiten der Regierung." Der Zynismus, mit dem hier von Arbeitsfrieden die Rede ist, kann kaum noch überboten werden. Afrikanische Gewerkschaften sind verboten, Streiks werden blutig niedergeschlagen. Das ist der Arbeitsfrieden des faschistischen Systems. 60 000 Afrikaner in den Gefängnissen, von denen jährlich hunderte sterben und hingerichtet werden, das ist die Grundlage der "stabilen Regierung" und des hohen Profits der südafrikanischen und ausländischen Kapitalisten. Eine jetzt veröffentlichte UN-Analyse 'Industrialisierung

Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika' enthält die folgenden Feststellungen : "Südafrika ist in der Tat ein Arbeitslager, soweit es die Afrikaner betrifft. Das Ergebnis der Gesetze und Anordnungen, die das Apartheidssystem kennzeichnen, ist die Schaffung eines indirekten Zwangsarbeitersystems mit einem Überangebot an billigen farbigen Arbeitskräften. Der gesamte südafrikanische Boom beruht also auf der Ausbeutung der Farbigen." Das monatliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 1969 36 Mark für Afrikaner - weit unter dem Existenzminimum - und 479 Mark für Weiße, so daß die zu 10% weiße Bevölkerung 74% des Gesamteinkommens, die 69% Afrikaner jedoch nur 19% erhalten. Diese Armut der afrikanischen Bevölkerung ist direktes Ergebnis und Ziel der faschistischen Herrschaft, die auch von der Bundesrepublik unterstützt wird, da sie im Gegensatz zu UN-Beschlüssen einen immer intensiveren Wirtschaftsaustausch mit Südafrika betreibt. Die BRD ist einer der wichtigsten Handelspartner Südafrikas. Seit der Entdeckung von leicht abbaubaren Uranerz in Namibia sehen die westdeutschen Kapitalisten eine Chance, auch auf diesem Gebiet unabhängig zu werden, der Weg zu eigenem Kernbrennstoff und eigenen Atombomben ist frei. Bis 1980 wird sich der westdeutsche Bedarf an Kernbrennstoff vervünfzigen. Groß ins Geschäft eingestiegen sind die Metallgesellschaft AG, die Otavi und die Urangesellschaft AG. Bisher 128 Mill. DM eigene Investitionen sowie geplante Bundesbürgschaften und Abnahmegarantien treiben die Erschließung voran. Namibia ist das ehemalige Deutsch-Südwestafrika, vom Völkerbund unter das Mandat von Südafrika gestellt "zur Förderung des sozialen Fortschritts". 1966 lief das Mandat ab und die UNO drohte Sanktionen an, um Südafrika zur Freigabe des Gebietes zu bewegen. Doch die massiven wirtschaftlichen Interessen amerikanischer, britischer und westdeutscher Firmen kehren sich nicht um die in solchen Re-

solutionen zum Ausdruck kommenden Interessen der Völker Afrikas.

Die südafrikanischen Bodenschätze sind auch bei ungünstiger Lage und minderer Erzqualität wegen der billigen Arbeitskräfte konkurrenzlos auf dem Weltmarkt. Der Norddeutschen Affinerie, der Metallgesellschaft AG und der Degussa gehören 80% der größten europäischen Kupferhütte in Südafrika und sie produzieren dort für etwa drei Viertel des in der BRD erzeugten Elektrolytkupfers.

Darüber hinaus suchen die deutschen Großbanken, die auch schon vor 30 Jahren am Faschismus gut verdient haben, sich auch durch Anleihen für das faschistische System einen direkten Anteil an den hohen Profiten zu sichern. Die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank stellten 1969 insgesamt 300 Mill. DM zur Verfügung. Die gleichgerichteten Interessen der Kapitalistenklassen Portugals, Südafrikas und Rhodesiens in der Unterdrückung der Befreiungsbewegungen und der Erhaltung ihrer Parasitenprivilegien sowie das Interesse Südafrikas an einem geschützten Markt für seine nicht weltmarktfähigen Produkte führen zu einer immer stärkeren Verflechtung von Rhodesien, Malawi, Angola und Mosambik unter Führung Südafrikas zu einem "weißen Block gegen den Kommunismus". Mosambik nimmt hier eine wichtige Stellung ein. Es bietet Häfen für Rhodesien und Südafrika, liefert Arbeitskräfte - gegen Entgelt in die portugiesische Staats-

kasse - in die Goldgruben Südafrikas, wo jährlich 2000 Arbeiter umkommen, und die Kupferminen Rhodesiens und bietet mit dem Cabora Bassa Projekt elektrische Energie sowie Bodenschätze zu Niedrigstpreisen.

Die portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik sind als Pufferstaaten für die imperialistische Hegemonie Südafrikas über den "weißen Block" ausersehen. Zu seiner Sicherung verstärkt Südafrika ständig seine Militärausgaben. Seit 1961, dem Beginn des Befreiungskampfes in Angola, haben sie sich auf 1,7 Mrd. DM versiebenfacht. Dabei haben die imperialistischen Staaten kräftig mit Waffenlieferungen geholfen.

Die Kapitalisten haben dabei nicht nur wirtschaftliches sondern auch strategisches Interesse am südafrikanischen Block. Auch nach einer eventuellen Wiedereröffnung des Suezkanals ist die Kaproute nicht nur für Supertanker sondern angesichts der Präsenz der Sowjetunion im Mittelmeer und Ägypten besonders für militärische Zwecke der Imperialisten wichtig. Langfristig könnte zusammen mit Australien und südamerikanischen Ländern ein aggressiver Südatlantikblock entstehen. Die Einrichtung von Militärbasen in Guinea-Bissau und Angola wurde der NATO von Portugal bereits angeboten.

Die Entstehung des südafrikanischen Blocks wird von den imperialistischen Staaten für ihre Ziele gefördert. In diesem Zusammenhange muß auch das Cabora Bassa Projekt gesehen werden.

Wer verdient an Cabora Bassa ?

Das Cabora Bassa Projekt soll die wirtschaftliche Integration Südafrikas, Rhodesiens und der portugiesischen Kolonien vorantreiben, den ausländischen Kapitalisten neue Möglichkeiten für hohe Profite eröffnen und den Kampf der Befreiungsbewegungen zum Erliegen bringen. FRELIMO, die Befreiungsfront von Mosambik, gab deshalb die Parole aus: "Cabora Bassa muß zerstört werden!"

Der 320 m lange und 160 m hohe Damm soll den Sambesi zu einem riesigen Stausee von 220 km Länge und 20 km Breite auffüllen und Fluß bis zur Grenze von Rhodesien schiffbar machen. Die Wassermassen werden ein 1,5 Mio. ha großes Gebiet bewässern, in dem 1 Mio. weiße Siedler leben sollen. Kurzfristige Hauptprofitquelle ist die Elektrizitätserzeugung. Erst der Verkauf von 1,5 Mio. kW Strom an Südafrika sichert die Rentabilität des Projektes. Schon damit ist die Stromerzeugung größer als etwa beim Assuandamm. In einer späteren Ausbaustufe soll dann die Leistung auf 4 Mio. kW erhöht werden, das sind 1/3 der gesamten zur Zeit in Afrika erzeugten elektrischen Energie. Dann sollen auch Rhodesien und Malawi von der billigen Energie profitieren. Selbstverständlich würde Mosambik auch nach der Befreiung auf lange Zeit keinen Bedarf an derartigen Elektrizitätsmengen haben, d.h. einer organischen Entwicklung Mosambiks kann dieses Projekt nicht dienen. Es dient nur der Komplizenschaft von südafrikanischen und ausländischen Kapitalisten bei der Ausplünderung der afrikanischen Bodenschätze und Menschen.

Es ist eindeutig eine politische Entscheidung der portugiesischen Regierung, daß ZAMCO, das einzige Firmenkonsortium, bei dem westdeutsches Kapital beteiligt ist, den Zuschlag erhalten hat. Das gesamte Projekt ist das größte Liefergeschäft, das jemals in Afrika abgeschlossen wurde und wird ca. 1,7 Mrd. DM kosten. Es verteilt sich zu 35% auf 5 westdeutsche Firmen, 30% auf 9 französische, 14% auf 3 südafrikanische 13% auf eine italienische und 8% auf eine portugiesische Firma. Die westdeutschen Firmen sind Hochtief (26%, Bau), Siemens, AEG und BBC (20%, 19% und 18%, HGÜ-System) und Voith (19%, Turbinen). Die Finanzierung des westdeutschen Anteils erfolgt durch die westdeut-

schen Großbanken und durch einen Exportkredit über 286 Mio. DM der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau verwaltet ehemalige Marshallplangelder und gewährte den größten Exportkredit, der jemals im EWG-EFTA-Raum vergeben wurde. Bezeichnend ist jedoch, daß mit einer Bundesbürgschaft von 400 Mio. DM, also mit Steuergeldern, das Risiko der Firmen abgedeckt wird. Hier wird das starke Interesse nicht nur der beteiligten Firmen, sondern des gesamten westdeutschen Kapitals an einer Stabilisierung des südafrikanischen Systems deutlich. Den imperialistischen Konkurrenzkampf mit Firmenkonsortien aus Großbritannien und den USA konnten die ZAMCO-Firmen für sich entscheiden. Der Wert des Projekts lag nicht nur in kurzfristigen Profitinteressen, sondern besonders auch im Einseits der wiedergewonnenen imperialistischen und technologischen Stärke des westdeutschen Kapitals, um langfristig seine Position auszubauen. So liefert Voith die größten Turbinen der westlichen Welt und Siemens Generatoren für 17,5 Mrd. kWh/Jahr. Eines der wichtigsten Teile ist das von Siemens, AEG und BBC gemeinschaftlich entwickelte HGÜ-System (Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung), das es gestattet, diese Energiemengen ohne große Verluste über 1500 km ins südafrikanische Bergbau- und Industriegebiet von Transvaal zu leiten. Als Modellfall wirksamer Kooperation zwischen Universitätsforschung und Industrie" wurde seine Entwicklung mit 16 Mio. DM von der "Deutschen Forschungsgemeinschaft" bezahlt. So sorgt der kapitalistische Staat für das reibungslose Rollen der Profite.

Die durch Guerilla-Angriffe leicht verletzliche Hochspannungsleitung und die großen durch einen Stromausfall gefährdeten südafrikanischen Kapitalien begründen das besondere Interesse Südafrikas an einer Unterstützung des portugiesischen Kolonialkrieges in Mosambik. So gewährte es Portugal Waffenhilfe und kündigte an, es werde sich "bei den geringsten Anzeichen einer Störung wahrscheinlich einschalten". Inzwischen wurde unter dem Schutz starker portugiesischer und 8000 Mann südafrikanischer Truppen mit dem Bau des Damms begonnen. 25 000 Einwohner wurden aus dem Baugebiet in polizeilich bewachte Dörfer verschleppt

und als sie in den Busch flüchteten, wurden chemische Entlaubungsmittel gegen ihre Felder eingesetzt. Besonderes Interesse bei den ausländischen Kapitalisten fand die Entdeckung von wichtigen Bodenschätzen im Sambesital. Auch die Urangesellschaft hat sich bereits ein Konzessionsgebiet von 6300 km² gesichert. Billige Energie und Arbeitskräfte, sowie die gute Verkehrsverbindung durch die Schiffbarkeit des Sambesi lassen große Profite erwarten. Auch hiervon wird die Bevölkerung von Mosambique nichts haben, dort erwirtschaftete Überschüsse dienen nur dazu, die portugiesischen Handelsdefizite zu bezahlen. So hatte Mosambik im Jahr 1969 durch Rohstoffexporte einen Überschuß von 1,24 Mrd. Escudos im Handelsverkehr mit Drittländern und ein Defizit von 1,46 Mrd. Escudos durch Fertigwaren- und Lebensmittelimporte aus Portugal.

Eine Million weiße Siedler, hauptsächlich ehemalige Söldner und arme Bauern aus Portugal sollen Land erhalten. Die Kapitalisten erwarten, daß sie es "mit der Waffe in der Hand" verteidigen werden und damit auch ihre Profitquellen schützen werden. So besteht für die afrikanische Bevölkerung die Gefahr einer weißen "Unabhängigkeit" Mosambiks.

"Das Cabora Bassa Projekt steht im Gegensatz zu den Lebensinteressen der einheimischen Bevölkerung und ist ein Komplott zur Verewigung der Vorherrschaft Portugals." (UN Entschließung) Es handelt sich um einen menschlichen und wirtschaftlichen Damm gegen die Befreiung nicht nur Mosambiks, sondern wegen der Hegemoniebestrebungen Südafrikas, aller Länder im Süden Afrikas. Eduardo Mondlane, erster Führer der FRELIMO, 1969 von Konterrevolutionären ermordet sagte deshalb: "... wird durch dieses Projekt die wahre Natur der Investitionen, die unter der portugiesischen Flagge gemacht werden, in ihrer ganzen Feindseligkeit unserem Volk gegenüber vollständig entlarvt." "Cabora Bassa ist Ausgangsbasis für den Aufbau eines gigantischen gemeinsamen Marktes indieser Zone zum ausschließlichen Nutzen der ausländischen Interessen, die die Völker beherrschen." "Wenn wir den Damm nicht zerstören, wird er uns zerstören und das weiße und rassistische Afrika wird die Partie gewonnen haben."

Nachdem die politische Brisanz des Cabora Bassa Projektes und insbesondere der Gewährung von Exportkredit und die Bundesbürgschaft durch die Regierung der großen Koalition bekannt wurde und die wirtschaftlichen Beziehungen zu den unabhängigen Ländern zu gefährden drohte, führte die inzwischen regierende SPD einen wahren Elertanz auf. Der Verantwortung für eine kräftige Förderung des Cabora Bassa Geschäftes konnte sich die SPD aber nicht entziehen, im Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau sitzen: Hesselbach (BfG), Neemann (DGB-Vorstand), Vetter (DGB-Vorsitz). Die beteiligten Firmen sich auf die angebliche Neutralität des Handels und die Beschlüsse der Bundesregierung. Die vom Kapital dringend verlangten Kredite und Bürgschaften für die Urangewinnung in dem vom faschistischen Südafrika annektierten Namibia wurden zunächst verschoben, weil "nach Cabora Bassa Namibia der Tropfen sein könnte, der das Faß zum Überlaufen bringt." (Eppler). Da es sich zeigte, daß wegen Cabora Bassa "die Bundesregierung auf zunehmende Schwierigkeiten in den schwarzafrikanischen Staaten" stieß, wurde NRW-Ministerpräsident Kühn als Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung auf eine Goodwilltour durch Sambia und Tansania geschickt. Er brachte Medikamente für die Befreiungsorganisationen und Nähmaschinen für FRELIMO mit, diese Ausgabe war den Kapitalisten der gute Zweck der Reise wert: "Jede über Cabora Bassa hinausgehende Bundesbürgschaft für Investitionen im afrikanischen Krisenbereich muß meiner Überzeugung nach zu einer Beeinträchtigung oder gar Zerschlagung der Position der BRD in Schwarzafrika führen." "Dann müssen wir mit unerwünschten Folgen rechnen. Denn die Afrikanisierung Afrikas ist ein unaufhaltbarer Prozeß." "... Die Bundesregierung sollte zusammen mit andern europäischen Regierungen auf den NATO-Partner Portugal einwirken, daß die Portugiesen einer schrittweisen Verselbstständigung ihrer Kolonien zustimmen..." Die Kapitalisten haben eben auch die langfristige Entwicklung im Auge, sie wollen sich nicht das Geschäft mit den jetzt und später unabhängigen Nationen verderben und ihre imperialistische Position behalten. Das ist ihnen schon ein paar Nähmaschinen wert. Für solche Botschaften ist es dann sehr schön, wenn man Leute mit "sozialem" Anstrich wie Herrn Kühn zur Verfügung hat.

FRELIMO

Der Kampf für Freiheit und Sozialismus

Die Befreiungsbewegungen in den Kolonien haben bereits große Erfolge errungen. Sie kontrollieren insgesamt 1/4 der Fläche der Kolonien und damit Gebiete, die mehr als fünf mal so groß sind wie Portugal selbst. Guinea ist sogar schon zu 2/3 befreit. Die Niederlagen des portugiesischen Kolonialismus steigern seine Grausamkeit und Brutalität. Die befreiten Gebiete liegen unter ständigem Bombardement. In Angola wurden nachweislich besonders gefährliche Chemikalien zur Zerstörung von Anbauflächen in befreiten Gebieten eingesetzt. Die Kolonialisten verüben Massenmorde, die das Gemetzel von My Lai noch in den Schatten stellen. Perioden des Kampfes sind - wie Lenin sagt - auch immer Perioden besonders stürmischer Entwicklung der revolutionären Theorie. So hat auch die Befreiungsfront von Mosambik, FRELIMO, aus Fehlern und Fraktionskämpfen ihre Lehren gezogen und die unterdrückten Völker haben

begonnen, die Notwendigkeiten des antimperialistischen Kampfes zu verstehen. Es wächst das Bewußtsein, daß für die Völker der portugiesischen Kolonien der bewaffnete Kampf "die einzige Möglichkeit, schließlich ein besseres Leben zu gewinnen" ist, wie es Eduardo Mondlane ausdrückte.

Mondlane, ein einigend wirkender Organisator, hatte zunächst widersprüchliche Gruppierungen in der FRELIMO zusammengefaßt, um den Kampf zu beginnen. Seine Ermordung, der Ausschluß einiger Führer wegen Sabotage am Befreiungskampf, sowie die Erfahrung, daß auch Stammeshäuptlinge, die früher gegen die Kolonialisten gekämpft hatten, auf die Seite des Feindes übergingen - diese Erfahrungen führten zu einer Umorientierung der FRELIMO. Ein leitendes Gremium von aktiven Kämpfern sichert die Einheit von politischer und militärischer Führung und die Vorrangstellung der Politik nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen.



Mosambik: FRELIMO - Kämpfer greifen an

Eine umfassende Propaganda und Agitation wurde mit den militärischen Aktionen verbunden. Sie geht von der konkreten Interessenlage und dem Bewußtseinsstand der armen Bauern und Landarbeiter aus. Schwerpunkte

der politischen und gesellschaftlichen Arbeit der FRELIMO sind der Aufbau eines Verteilungs- und Versorgungssystems, die Einrichtung von Schulen und die Befreiung der Frau.

SIEG IM VOLKSKRIEG - SIEG IM KLASSENKAMPF

Es ist klar, daß die Kooperation der Kapitalisten mit den faschistischen Regimes und die militärischen Interessen innerhalb der NATO zum westdeutschen Imperialismus gehören wie das Wasser zum Fisch. Für die Kapitalisten ist das eine Frage des schieren Überlebens, eine Frage auf Leben und Tod.

Daher ist die neo-kolonialistische Politik des westdeutschen Imperialisten keine Frage des "Drucks der demokratischen Öffentlichkeit auf diese oder jene Regierung, sondern des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Hier gilt das Wort Ho Chi Minh's, daß der Klassenkampf des Proletariats der kapitalistischen Länder die beste Unterstützung für die um ihre Befreiung kämpfenden Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist.

Nach seiner totalen Niederlage im imperialistischen Raubkrieg wurde der westdeutsche Kapitalismus gegen die Festlegungen des Potsdamer Abkommens vom US-Imperialismus als Speerspitze gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder wieder hochgepöppelt. Damals wie heute sichern die westdeutschen Kapitalisten den Einfluß des US-Imperialismus in Europa. Gleichzeitig verfolgen sie im Schatten der militärischen Macht der USA ihre eigenen Ziele.

Die Krise 1966/67 konnten die westdeutschen Kapitalisten noch dadurch überwinden, daß sie den Export erheblich steigerten. Um jedoch weiterhin trotz zunehmender Krisen hohe Profite zu erzielen, jagen die Kapitalisten in allen Winkeln und Ecken der Erde nach immer neuen Profitmöglichkeiten, nach neuen Absatzmärkten, billigeren Rohstoffquellen und profitableren Investitions-Möglichkeiten.

Dabei arbeiten die Kapitalisten besonders gern mit faschistischen Diktaturen zusammen. Die Faschisten in Portugal, Spanien und Griechenland unterdrücken die Arbeiter und ermöglichen den westdeutschen Kapitalisten die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte.

Arbeitsintensive Industrien werden in diese Länder verlagert; so plant z. B. VW die Einrichtung eines Montage-Werkes in Griechenland.

An die Faschisten in Portugal liefern die westdeutschen Kapitalisten Waffen zur Niederhaltung der Völker in den Kolonien. Dafür ist das westdeutsche Kapital an der Ausplünderung Afrikas vorrangig beteiligt. Wie das Beispiel Guineas beweist, schrecken sie auch vor der Organisation militärischer Überfälle auf die unabhängigen Nationen Afrikas nicht zurück, wenn die afrikanischen Völker ihren eigenen Weg gehen wollen.

Der Imperialismus - das ist der gemeinsame Feind der westdeutschen Arbeiter und der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

"Es wird immer klarer, daß die über der ganzen Welt heraufziehende sozialistische Revolution keinesfalls nur in dem Sieg des Proletariats eines jeden Landes über die eigene Bourgeoisie bestehen wird. Das wäre möglich, wenn die Revolutionen leicht und rasch vonstatten gingen. Wir wissen aber, daß die Imperialisten das nicht zulassen werden, daß alle Länder gegen ihren inneren Bolschewismus gerüstet und nur mit dem Gedanken beschäftigt sind, wie sie den Bolschewismus bei sich zulande besiegen können. Deshalb reift in jedem Land der Bürgerkrieg heran, in dem die alten sozialistischen Faktierer an der Seite der Bourgeoisie teilnehmen sollen.

Somit wird die sozialistische Revolution nicht nur und nicht hauptsächlich ein Kampf der revolutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie sein, nein, sie wird ein Kampf aller vom Imperialismus unterdrückten Kolonien und Länder, aller abhängigen Länder gegen den internationalen Imperialismus sein.

(Lenin, Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongress der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostes, November 1919, Werke, Bd. 30, S. 136-147)

100 Jahre Pariser Kommune

Am 18. März werden 100 Jahre seit Proklamierung der Comune durch die Bevölkerung von Paris vergangen sein.

"Die Comune entstand spontan; niemand hatte sie bewußt und planmäßig vorbereitet. Die Niederlage im Krieg gegen Deutschland, die Leiden der Belagerung, die Arbeitslosigkeit unter dem Proletariat und der Ruin des Kleinbürgertums; die Entrüstung der Massen über die oberen Klassen und die Behörden, die ihre völlige Unfähigkeit bewiesen hatten; das dumpfe Gären in den Reihen der Arbeiterklasse, die mit ihrer Lage unzufrieden war und eine andere soziale Ordnung anstrebte; die reaktionäre Zusammensetzung der Nationalversammlung, die für das Schicksal der Republik fürchten ließ - all das und noch vieles andere traf zusammen, um die Pariser Bevölkerung zur Revolution des 18. März zu treiben." (Lenin, Dem Andenken der Kommune, April 1911)

Als in der Nacht zum 18. März 1871 Regierungstruppen die Arbeiterviertel von Paris überfielen, um Waffen der Nationalgarde (eine Art Miliz aus Arbeitern und Kleinbürgern) zu beschlagnahmen, stießen sie auf entschlossenen Widerstand der Bevölkerung. Einheiten der Regierungstruppen gingen zu den aufständischen Massen über und verhafteten ihre reaktionären Offiziere und Generale. Die Nationalgarde besetzte das Stadtzentrum und die wichtigsten Regierungsgebäude von Paris. Die bürgerliche Regierung flüchtete sich nach Versailles. Die Regierungstruppen wurden aus Paris abgezogen. Die Macht lag in Händen des Volkes.

Die Comune wurde anfangs auch von großen Teilen der Kleinbourgeoisie (denen Stundung ihrer Schulden, Ladenmieten usw. gewährt wurde), von den bürgerlichen Republikanern (die eine Wiederherstellung der Monarchie verhindern wollten) und von "Patrioten" aus den bürgerlichen Schichten (die eine Wiederaufnahme des Krieges gegen Deutschland erhofften) unterstützt.

Als Hauptkraft der Comune jedoch erwies sich die Arbeiterklasse von Paris. Nur sie blieb der Comune bis zum Ende treu.

Zwischen 19. und 27. März 71 kam es auch in anderen französischen Städten zu Volksaufständen, so in Marseille (wo das Volk sich 10 Tage lang behauptete), in Lyon, Toulouse, Narbonne, Limoges. Diese Aufstände wurden jedoch innerhalb weniger Tage blutig unterdrückt, so daß die Pariser Comune auf sich allein gestellt blieb.

Am 26. März wählte das Volk von Paris den Rat der Comune. Im Rat standen sich von Anfang an zwei Fraktionen gegenüber, nämlich eine radikale Mehrheit (Blanquisten) und eine versöhnlerische Minderheit (Proudhonisten). In diesen Fraktionen spiegelte sich die Klassenbasis der Comune wieder: eine noch wenig proletarisierte und durch tausend Fäden mit den selbstständigen Kleinproduzenten verknüpfte Arbeiterklasse (Vorherrschaft kleiner Handwerker), und eine schwankende Kleinbourgeoisie, die die Revolution "um Himmels willen nicht zu weit" treiben lassen will und ständig zum Abfall von der Revolution neigt, wenn sie eine Änderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Reaktion befürchtet.

Die Comune verfügte sogleich die Abschaffung der stehenden Armee und die allgemeine Wehrpflicht innerhalb der Nationalgarde. Die Polizei wurde durch Reserveeinheiten der Nationalgarde ersetzt.

Am 2. April erließ die Comune das Dekret über Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Staatsangestellten. Das Beamtengehalt wurde auf den Facharbeiterlohn festgesetzt. Es folgten Dekrete über die Übergabe von Betrieben geflüchteter Kapitalisten an Arbeitergenossenschaften (16. April), Abschaffung der Nachtarbeit in den Bäckereien (20. April), Verbot von "Geldbußen" und ähnlichen Lohnabzügen (27. April) und Festsetzung eines Mindestlohns (13. Mai). Schon am 3. April war die Trennung von Kirche und Staat verfügt worden.

Es erwies sich als verhängnisvollster Fehler der Comune, daß sie es unterließ, sofort gegen Versailles vorzugehen (bevor die reaktionäre Regierung genügend loyale Truppen um sich scharen konnte) und die konterrevolutionären Kräfte innerhalb von Paris entschieden zu bekämpfen.

Am 2. April begann der Angriff reaktionärer Truppen auf den äußeren Festungsring von Paris. Seit dem 9. April lag die Stadt unter stündigen Artillerie-Feuer. Aber erst am 21. Mai gelang es den reaktionären Truppen, von Westen her in die heldenhaft verteidigte Stadt einzudringen. Am 25. Mai war das linke Seine-Ufer unter ihrer Kontrolle. Am 27. Mai stürmten sie den bis zum letzten Mann verteidigten Friedhof Père Lachaise, am 28. Mai fiel die letzte Barrikade in der Rue Ramponneau.

Während die bürgerliche Regierung die "Rückkehr der Zivilisation und des Rechtes nach Paris" bekanntgab, zeigte der weiße Terror, das "Recht" der Kapitalistenklasse, sein Gesicht: 30 000 Menschen wurden wahllos von den reaktionären Truppen ermordet, 45 000 zu Kerker und Verbannung verurteilt.

Die Lehren der Kommune

Marx und Engels hielten die Erfahrungen der Pariser Comune für so wichtig, daß sie in einer Vorrede zur Neuauflage ihres "Kommunistischen Manifest" vom Juli 1872 (das Manifest war erstmals 1848 erschienen) dieses für "heute stellenweise veraltet" erklärten. "Namentlich" - so führten sie aus - "hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre Zwecke in Bewegung setzen kann." Die Arbeiter mußten vielmehr "die bürokratisch-militärische Maschinerie" der Kapitalistenklasse "zerbrechen". (Brief von Marx an Kugelmann, 12. April 1871) In "Bürgerkrieg in Frankreich" (Mai 1871) nannte Marx im Sinne des "Zerbrechens" der bürgerlichen Staatsmachinerie folgende Maßnahmen der Comune: Ersetzung des stehenden Heeres "durch das bewaffnete Volk", die Ersetzung des bürgerlichen Parlaments durch eine

"arbeitende Körperschaft. . . . , vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit", Wahlbarkeit und Absetzbarkeit aller Staatsbeamten durch das Volk und die Festsetzung ihrer Bezahlung auf Arbeiterlohn. Die Comune brach "das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht" durch Auflösung und Enteignung der Kirchen und Säuberung der Schulen von klerikalen Einfluß. Die Richter wurden wählbar, verantwortlich und absetzbar. Die Comune war "wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte." (Marx)

Lenin analysierte u. a. in den "Briefen aus der Ferne", die Erfahrungen der Comune. Anfang März 1917 (3. Brief aus der Ferne, Über die proletarische Miliz) kritisierte Lenin scharf, daß man kostbare Zeit durch Verhandlungen mit Miljukow oder Kerenski vertrödelte, anstatt diese Zeit dazu zu verwenden, eine wirklich revolutionäre, eine Klassenkraft zu schaffen, eine proletarische Miliz, die in der Lage ist, allen armen Schichten der Bevölkerung, deren ungeheure Mehrheit sie bilden, Vertrauen einzuflößen, die in der Lage ist, ihnen zu helfen, sich zu organisieren, ihnen zu helfen, für Brot, Frieden und Freiheit zu kämpfen." Die Februar - Revolution war eine bürgerlich-demokratische gewesen, die es nunmehr in die proletarische, sozialistische Revolution überzuleiten galt. Das war aber, - so führte Lenin aus - nur möglich, "wenn wir der ausgezeichneten Organisation der gesamten russischen Bourgeoisie und der gesamten bürgerlichen Intelligenz. . . eine ebenso ausgezeichnete Organisation des Proletariats entgegenstellen, die die gesamte ungeheure Masse der armen Bevölkerung in Stadt und Land, der Halbproletarier und der kleinen Eigentümer, führt." Diese Organisationen waren die Sowjets. "Die Arbeiter haben mit ihrem Klasseninstinkt erfaßt, daß sie in einer revolutionären Zeit eine ganz andere, nicht die übliche Organisation brauchen, sie haben den richtigen Weg beschritten, den ihnen die Erfahrungen unserer Revolution von 1905 und der Pariser Kommune von 1871 gewiesen haben, sie haben die Sowjets der Arbeiterdeputierten geschaffen. . . ." "Die Schaffung derartiger Organisationen in ausnahmslos allen Gegenden Rußlands" bezeichnete Lenin als die "dringendste, unaufschiebbare Aufgabe von größter Wichtigkeit." "Wir brauchen einen Staat, aber nicht einen solchen Staat, wie ihn die Bourgeoisie braucht, in dem die Machtorgane in Gestalt der Polizei, der Armee, der Bürokratie (der Beamtenschaft) vom Volke getrennt sind und dem Volke entgegengestellt werden. Alle bürgerlichen Revolutionen haben diese Staatsmaschine nur vervollkommen, sie nur aus der Hand der

einen Partei in die einer anderen Partei übertragen. Das Proletariat aber muß, wenn es die Erungenschaften der gegenwärtigen Revolution festhalten und weitergeben, wenn es Frieden, Brot und Freiheit erkämpfen will, diese "fertige" Staatsmaschinerie, um mit Marx zu sprechen, "zerschlagen" und sie durch eine neue ersetzen, in der Polizei, Armee und Bürokratie mit dem bis auf den letzten Mann bewaffneten Volk eins sind. Das Proletariat muß den Weg gehen, den die Erfahrungen der Pariser Kommune 1871 und der russischen Revolution 1905 gewiesen haben, muß alle armen, ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung organisieren und bewaffnen, damit sie selber unmittelbar die Organe der Staatsmacht übernehmen, selber die Institutionen dieser Staatsmacht bilden."

Die Erfahrungen der Pariser Kommune zu studieren, ist heute besonders wichtig und nützlich, wo revisionistische Kräfte der Arbeiterbewegung ihre "Strategie der demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" aufzudrängen versuchen.

Die Revisionisten behaupten, die westdeutsche Arbeiterklasse müsse "erst die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848 nachholen". Das sei auf parlamentarischem Weg und im "Rahmen der bürgerlichen Demokratie" möglich, indem die Arbeiter bei den Wahlen "für eine veränderte Zusammensetzung des Parlaments" sorgen und die ins Parlament gewählten Revisionisten dann gütigst die "Umwandlung" (des Parlaments) "aus einem Herrschaftsinstrument des Großkapitals in ein Organ der Volksinteressen" vornehmen. All das "im Rahmen der bürgerlichen Demokratie" und "auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte".

Wie soll aus der bürgerlich-demokratischen "Erneuerung von Staat und Gesellschaft" die sozialistische "Umwälzung" hervorgehen? Die Revisionisten sind "überzeugt davon, daß die große Mehrheit der Arbeiterschaft und aller Werktätigen" irgendwann die "Notwendigkeit" des Sozialismus "erkennen" wird. Wie schön! Und dann?

Auch in der bürgerlich-demokratischen Revolution ist die führende Rolle der Arbeiterklasse notwendig. Die Revisionisten haben das so hingedreht, daß sie die Arbeiter als "Hauptkraft der gesellschaftsverändernden Bewegung" bezeichnen. Die führende Rolle der Arbeiterklasse bedeutet aber mehr als einfach "Hauptkraft" zu sein. Sie bedeutet die Schaffung eigener politischer und militärischer Machtorgane der Arbeiterklasse. Das waren in Paris der Rat der Kommune und die Nationalgarde. Das waren in Rußland die Sowjets und die proletarische Miliz.

KAB - ARBEITERZEITUNG Nr. 4 März 1971

Herausgeber: Gruppe KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND Hamburg
Anschrift: Joachim Welsch, 2 Hamburg 39, Alsterdorfer Str. 375c
tel. 51 60 41

Postscheckkonto: J. Welsch, Hamburg 3490 22

Die KAB - ARBEITERZEITUNG erscheint monatlich, und zwar jeweils in der ersten Woche des Monats.

Abonnements und Versand einzelner Nummern nur gegen Voreinsendung des Betrags in Briefmarken oder Vorüberweisung auf das oben angegebene Postscheckkonto.

Preis pro Stück -. 70, Mengenrabatt auf Anfrage. Die Zahl rechts über der Anschrift bezeichnet bei Abonnements die letzte bezahlte Nummer.

ZUR STRATEGIE DER
"DEMOKRATISCHEN ERNEUERUNG
VON STAAT UND GESELLSCHAFT"

Kritik am "Studienmaterial Nr. 1"
der AMS/Spartakus

Preis -. 50 (+ Porto)

Revisionismuskritik

KOMMUNISTEN

rufen zur

AKTIONSEINHEIT

Die Hamburger DGB-Führung will den 1. Mai noch weiter abbauen. Schon seit Jahren finden keine Demonstrationen mehr statt. Die saft- und kraftlosen DGB-Maikundgebungen werden trotz massivem Aufgebot von "Zugnummern" und "Starrednern" (Wehner, Brandt, Brenner, Vetter innerhalb von drei Jahren!) von den Arbeitern mehr und mehr gemieden.

Kamen 1969 auf den Rathausmarkt noch etwa 10 000 Menschen, so 1970 auf den Platz vorm Gewerkschaftshaus nur noch knapp 4000. Rote Fahnen und Spruchbänder des S A L Z und der DKP beherrschten das Bild, weil nur diese Organisationen überhaupt in der Arbeiterschaft für die Kundgebung geworben hatten.

In diesem Jahr soll nach dem Willen der DGB-Führung nicht mal mehr eine Kundgebung stattfinden. Stattdessen soll der SPD-Hofpoet Günther Grass einen Vortrag halten.

Ja, haben wir etwa unter der SPD/FD: - Regierung keine Forderungen und Ziele mehr, die wir im Kampf durchsetzen müssen? Im Gegenteil! Da ist der 10%ige "Konjunkturzuschlag" zur Steuer, dessen Rückzahlung anscheinend auf den St. Nimmerleinstag verschoben oder zu Erpressungsmanövern mißbraucht werden soll. Da sind die "Lohnleitlinien", an die man uns binden will. Da sind die arbeiterfeindlichen Entwürfe der Kapitalisten und der Regierung zum neuen Betriebsverfassungsgesetz, die schleunigst vom Tisch müssen. Da ist die zunehmende Rechtsgefahr, die Formierung faschistischer Kräfte um Franz Josef Strauß und deren Unterstützung durch Vertreter der Kapitalistenklasse. Da sind Verbotsdrohungen gegen demokratische und sozialistische Kräfte.

Gegen den Beschluß der DGB-Führung wächst in der Hamburger Arbeiterschaft die Forderung nach einer 1. Mai-Demonstration.

Die Kollegen vom Gesamthafen haben einen entsprechenden Beschluß gefaßt, ebenso die Vertreter der IG Metall. Die Kollegen fordern, daß die DGB-Führung ihren Beschluß rückgängig macht.

Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ), Kommunistischer Arbeiterbund (KAB) und Bergedorfer Arbeiter- und Lehrlingszentrum (BALZ) haben Anfang März in einem Offenen Brief, der massenhaft vor Betrieben verteilt wurde, ein einheitliches Vorgehen von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten, DKP-Mitgliedern und Kommunisten vorgeschlagen. Dazu sollten baldmöglichst konkrete Absprachen eingeleitet werden.

Die Hamburger Kommunisten schlagen vor, am 1. Mai für folgende Forderungen zu demonstrieren:

- Die Krise darf nicht wieder auf die Arbeiter abgewälzt werden!
- Gegen eine Wiederbelebung der konzertierten Aktion!
- Kampf dem arbeiterfeindlichen BVG!
- Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb!
- Aufhebung des KPD-Verbots,

gegen Verfolgung demokratischer Kräfte!